

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 66 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Horst Peter MdB zum Scheitern des Blüm-Konzeptes und der Alternative der SPD: Die Strukturprobleme des Gesundheitswesens anpacken.

Seite 1

Brigitte Schulte MdB zu den Äußerungen des Bundeskanzlers und anderer Koalitionspolitiker zu den Gesprächen SPD/Grüne: Koalition sollte über ihre eigene Außenpolitik nachdenken!

Seite 3

Dagmar Luuk MdB zu zehn Jahren sandinistischer Revolution: Washington muß seine Haltung gegenüber Nicaragua korrigieren.

Seite 4

Karin Radermacher MdL zur Benachteiligung von Erziehern behinderter Schulkinder in Bayern: Heilpädagogen müssen länger arbeiten.

Seite 6

44. Jahrgang / 141

26. Juli 1989

Die Strukturprobleme des Gesundheitswesens anpacken

Zum Scheitern des Blüm-Konzeptes und der Alternative der SPD

Von Horst Peter MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Das Gesundheitsreformgesetz (GRG) mußte in seiner Konzeption scheitern, da es die strukturellen Probleme des Gesundheitswesens nicht angefaßt hat. So ist das Gesundheitsreformgesetz zu einem Lehrstück für die strukturellen Hindernisse geworden, Gesundheitspolitik an dem Prinzip der Gesundheitsförderung, der Qualität der Krankenbehandlung und dem Patienteninteresse zu orientieren. Die erforderlichen strukturellen Reformen wie die Reform der Krankenkassen, die Reform der stationären Versorgung, die Psychiatriereform, eine grundlegende Reform des Umgangs mit dem Risiko der Pflegebedürftigkeit, der ambulanten, ärztlichen Versorgung sind ausgespart und damit auf unbestimmte Zeit vertagt.

Statt dessen blieb ein Gesetz übrig, das gesundheitspolitisch fragwürdig ins Zentrum der Reform die Beitragsstabilität der Krankenkassen stellte, in dem mit Einschränkungen des Versicherungsschutzes und Begrenzungen der Versicherungsleistungen rund 14 Milliarden bei den Kosten der Krankenversicherung eingespart werden sollen. Unbeschadet der Frage, ob die Einsparung gelingt oder nicht oder durch den Einsatz zusätzlicher Millionenbeträge für die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesgesundheitsministeriums herbeigeredet wird, kann ein solches Kostendämpfungsgesetz nur zu Lasten derjenigen gehen, die häufig oder länger krank sind, also chronisch Kranke, Behinderte, ältere Menschen. Diese strukturell bedingte Auswirkung des GRG kann weder durch Sozial- und Härteklausele noch durch Hinweise auf die Möglichkeit der Privatversicherung ausgeglichen werden.

Die Reformansätze des Gesundheitsreformgesetzes wie Dämpfung der Arzneimittelpreise durch Festbeträge, Einstieg in die Hilfen bei Schwerpflegebedürftigkeit, Verstärkung der Möglichkeiten der Prävention und Rehabilitation sind ohne eine ernsthafte öffentliche Diskussion möglicher Alternativen durchgesetzt worden. So wäre

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos-Umsatz
mit dem alten Rotstift
Recycling-Papier



eine öffentliche Abwägung des Festbetragsmodells mit der von der SPD geforderten Einrichtung einer Positivliste, die von einem Arzneimittelinstitut der Apotheke, Ärzte und Krankenkassen vorbereitet wird, gesundheitspolitisch notwendig gewesen. Durch die fehlende Diskussion über die Alternativen zur Lösung des Pflegerisikos wurde ein undurchdachter, in den Wirkungen fragwürdiger, zudem von den Belasteten der Kostendämpfung finanziert Reformansatz gesetzlich festgeschrieben, der eine bessere Lösung für diese Legislaturperiode verhindert. Der Reformansatz der Prävention wird im Gesetz selbst mit einer strukturellen Bremse versehen, indem er von den Satzungsregeln der Krankenkassen abhängig ist und damit dem Ziel der Beitragsstabilität im Wege steht.

Das GRG hat eine öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit grundlegender Reformen des Gesundheitswesens angestoßen, die genutzt werden muß, die Strukturprobleme, die einer Erneuerung der Gesundheitspolitik im Wege stehen, zu überwinden. Im Zentrum aller Überlegungen muß nach Auffassung der SPD stehen, die politische Gesamtverantwortung für den Rahmen der weiteren Entwicklung des Gesundheitswesens dem Deutschen Bundestag zu geben. Nur so können die Kompetenzzersplitterung auf politischer Ebene, die Autonomie wesentlicher Entscheidungsgänge bei den Selbstverwaltungen der Sozialversicherungen und der Beteiligten am System der Krankenversorgung mit unterschiedlichen ökonomischen und berufsständischen Interessen zu einer funktionalen Entwicklung des Gesundheitswesens integriert werden.

Dieser Rahmen muß die notwendigen Schwerpunkte der Entwicklung des Gesundheitswesens, den Finanzrahmen und die Lenkungsinstrumente vorgeben.

Die aus der Einigung auf einen politischen Gesamtrahmen sich ergebende Konsequenz ist die Frage nach der inhaltlichen Ausfüllung. Aus der historisch gewachsenen Struktur der Sozialversicherung hat sich das Prinzip des Interessenausgleichs zwischen den Beteiligten im Gesundheitswesen im Kern bewährt. Allerdings erfordert es die prinzipielle Waffengleichheit der Verhandlungspartner und eine Überprüfung der Bereiche, in denen der Verhandlungsweg beschnitten werden soll.

Die SPD leitet aus diesen Überlegungen ihre Forderung nach der Organisationsreform der Gesetzlichen Krankenversicherung ab sowie eine Verlagerung von Funktionen auf die neue Institution der Regionalen Gesundheitskonferenz, in der Krankenkassen, Beteiligte am Gesundheitswesen, insbesondere die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Kommunen zusammenarbeiten sollen.

Daneben hat der Gesetzgeber die Bereiche der Gesundheitspolitik, in denen gesetzlicher Handlungsbedarf besteht, gezielt anzugehen. Dazu gehören nach Auffassung der SPD besonders eine bundesgesetzliche Regelung des Risikos Pflegebedürftigkeit und Initiativen zur Reform der Ärzteausbildung und der Ausbildung in der Krankenpflege und auch Altenpflege.

(-/26.7.2989/vo-he/rs)

* * *

Koalition sollte über ihre eigene Außenpolitik nachdenken!

**Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers und anderer Koalitionspolitiker
zu den Gesprächen SPD/Grüne**

Von Brigitte Schulte MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Es ist schon verwunderlich. Da treffen sich Vertreter der SPD und der Grünen, und schon wird daraus ein Stein des Anstoßes für CDU, CSU und FDP.

Gespräche zwischen Politikern, auch unterschiedlicher Couleur, gehören zum Grundkonsens demokratischer Spielregeln. Wer daran Anstoß nimmt, will ablenken von eigenen Schwierigkeiten. Davon haben uns die Koalitionsparteien in den vergangenen Monaten genügend Beispiele geliefert.

Zu erinnern sei nur an den augenblicklichen Dissens innerhalb der Koalition über die Frage der polnischen Westgrenze und die Teilnahme junger Bundestagsabgeordneter an einer Veranstaltung des polnischen Sejm am 1. September zum Gedenken an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Daß in diesen Fragen erhebliche Meinungsunterschiede beispielsweise zwischen der FDP und der CSU herrschen, darüber können die rüden Angriffe des Bundeskanzlers und der CSU-Abgeordneten Geiger gegen die SPD von heute nicht hinwegtäuschen.

Die CDU hat allen Grund, über ihre Außenpolitik nachzudenken. Die Sozialdemokraten haben in der Regierungsverantwortung und in der Opposition bewiesen, daß es ihnen um den Zusammenhalt im Bündnis geht, das ein Bündnis freier Völker ist und auf die Versöhnung mit den Völkern des Ostens zielt.

Wer in solch lebenswichtigen europäischen Fragen wie der Aussöhnung mit dem polnischen Volk Unfrieden säen läßt, der schadet den Interessen des deutschen Volkes und nicht Gespräche zwischen demokratischen Politikern.

(-/26.7.2989/vo-he/rs)

* * *

Washington muß seine Haltung gegenüber Nicaragua korrigieren.

Gedanken zu zehn Jahren sandinistischer Revolution

Von Dagmar Luuk MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nicaragua - zehn Jahre danach. Damals, am 19. Juli 1979, waren es Guerrilleros, die fahnschwingend in die Hauptstadt Managua einzogen. Jetzt jubelte eine von der FSLN wohlorganisierte Menschenmenge den Veteranen der Revolution zu; mag dieser Jubel auch verhaltener klingen als damals. An die Dreihunderttausend zählte die Masse, die dieser Tage vor dem Nationalpalast von Managua den Jahrestag der sandinistischen Revolution und das Ende des Somoza-Regimes gefeiert hat. Jubel - trotz Wirtschaftskrise und galoppierender Inflation, Begeisterung - trotz ökonomischer Auflösungserscheinungen und dem Fortdauern einer außenpolitischen Teilisolierung.

Dennoch: die Revolution ist stark genug, ihre Prinzipien zu wahren; die Commandantes sind lernfähig genug, den Demokratisierungsprozeß voranzutreiben, ausländische Vorbehalte abzubauen und damit Nicaragua eine Perspektive geben zu können. Vorausgesetzt, daß die Fortschritte bei der Demokratisierung vor allem vom Nachbarn USA endlich honoriert und nicht durch eine weitere Unterstützung der Contra-Rebellen konterkariert werden. Trotz der aktuellen Probleme: ein Rückfall in vorsandinistische Zeiten erscheint heute in Nicaragua so gut wie ausgeschlossen. Das Sippenregime Somozas, eine Bereicherungsdiktatur von Washingtons Gnaden, ist überwunden, einen Weg zurück gibt es nicht. Die Contra, obwohl im Bürgerkrieg noch immer eine Macht, ist diskreditiert, ihr moralischer Anspruch hinfällig.

Allerdings haben die Folgen dieses mörderischen Bürgerkrieges Nicaragua tief gezeichnet: mehr als 50 Prozent des Volkseinkommens sind in den letzten Jahren zur Abwehr der von Washington so großzügig unterstützten Rebellen in die Kriegswirtschaft geflossen, die Wirkungen des unter Reagan verhängten Handelsembargos, das auch unter George Bush noch andauert, haben die exportorientierte Wirtschaft des Landes zerrüttet, die Inflationsrate erreicht astronomische Höhen und das Volkseinkommen ist rapide gesunken. Nicaragua ist heute das ärmste Land der gesamten Region.

Der von außen erzeugte Druck hat Nicaragua an den Rand einer wirtschaftlichen Katastrophe geführt und die politische Entwicklung des Landes entscheidend behindert. Anlaß genug für alle die ausländischen Widersacher der Sandinisten, ihre Behauptung zu wiederholen, die Revolution habe ihre programmatischen Zielsetzungen nie ernst genommen; das Bekenntnis zu politischem Pluralismus, zu Blockfreiheit und zur gemischtwirtschaftlichen Ordnung sei nie mehr als ein Lippenbekenntnis gewesen. Behauptungen dieser Art verkennen Ursache und Wirkung.

Tatsache nämlich bleibt, daß die sandinistische Führung durch den von außen finanziell wie personell geförderten Bürgerkrieg daran gehindert worden ist, ihr politisches Programm mit der ursprünglich beabsichtigten Zügigkeit in die Tat umzusetzen. Eine Art Notstandssituation hat zu unterschiedlichen Perioden der Verhärtung und der demokratischen Öffnung geführt. Und dennoch unterscheidet sich die sandinistische Führung nach wie vor von totalitären Regimen; toleriert sie doch das Mehrparteinsystem, respektiert die Rechte der Opposition und veranstaltet Wahlen.

Sicherlich, der sandinistischen Führung mag vorgehalten werden, sie versuche die Rechte der Opposition einzuschränken, die Presse zu kontrollieren und politische Machtpositionen auszunutzen. Als undemokratisch werden Menschenrechtsverletzungen angeprangert. Aber: genau diese Erscheinungen gibt es in den Nachbarländern in einem viel stärkeren Maße. Während etwa Nicaraguas Pressepolitik gezeißelt wird, übersehen jene Kritiker Mord, Folter oder das „Verschwindenlassen“ von Personen in Guatemala oder El Salvador. In dieser Region werden Menschenrechtsverletzungen noch immer mit zweierlei Maß gemessen; die politische Interessenlage dominiert, die Einäugigkeit feiert Triumphe.

Wer die politische Ausgangslage Nicaraguas ein Jahrzehnt nach dem Sieg der sandinistischen Revolution analysiert, muß die beiden folgenden Fakten zur Grundlage machen:

1. Die Nicaragua-Politik der amerikanischen Administration unter Reagan war von dem Versuch gekennzeichnet, die Sandinisten zu stürzen. Dieser Versuch ist gescheitert, weil die amerikanische Politik, fixiert auf die Unterstützung der Contra-Rebellen, in Nicaragua einen Nationalismus gefördert hat. Dieser ist letztendlich den Sandinisten zugute gekommen, obwohl der Bürgerkrieg den wirtschaftlichen Niedergang Nicaraguas zur Folge hatte.
2. Der Friedensplan des costaricanischen Präsidenten Arias hat dem Rechnung getragen, die Stabilität der sandinistischen Führung zugrunde gelegt und den Demokratisierungsbestrebungen der gesamten Region Priorität eingeräumt. Mit der Unterzeichnung des Arias-Plans hat sich Nicaragua auf eine Reihe von Demokratisierungsmaßnahmen verpflichtet, nicht zuletzt auch auf die Abhaltung freier Wahlen, die für den 25. Februar nächsten Jahres terminiert sind.

Die Administration in Washington und fatalerweise auch die Bundesregierung in Bonn haben die Demokratisierungsbemühungen Nicaraguas allzu gering eingeschätzt. Die Bonner Wirtschaftshilfe etwa soll nur dann wieder in vollem Umfang aufgenommen werden, wenn Nicaragua ein hohes Maß an demokratischem Wohlverhalten zeigt. Diese hohen Maßstäbe nehmen in Kauf, daß in Nicaragua eine Art Hungersozialismus praktiziert wird, der Unzufriedenheit fördert und Demokratisierungsbestrebungen abträglich ist. Die USA dagegen scheinen noch immer nicht erkennen zu wollen, daß dem Interesse Havannas und Moskaus an der Entwicklung in Managua enge Grenzen gesetzt sind, finanziell wie ideologisch. Nichts deutet darauf hin, daß die Sowjetunion bereit und in der Lage wäre, in Managua eine Wiederauflage des gescheiterten Cuba-Abenteuers zu riskieren. Zudem hat sich Nicaragua bei Unterzeichnung des Arias-Plans vertraglich dazu verpflichtet, Militärstützpunkte fremder Mächte auf seinem Territorium nicht zu dulden.

In Washington überwiegt nach wie vor das Mißtrauen gegenüber der Politik der Sandinisten. Die Nachbarländer Nicaraguas, der Arias-Plan belegt dies, sind unterdessen von der Überlebensfähigkeit der Führung in Managua überzeugt. Und alle Beobachter sind überzeugt davon, daß die Sandinisten auch nach den Wahlen vom 25. Februar die bestimmende politische Kraft in Nicaragua sein werden. Ein Kurswandel der amerikanischen Politik gegenüber Managua ist also überfällig, er würde den Demokratisierungsprozeß in Nicaragua nur beschleunigen. (-/26.7.1989/vo-he/rs)

* * *

Heilpädagogen in Bayern werden diskriminiert

Die Erzieher behinderter Schulkinder sind bei der Arbeitszeitverkürzung nicht berücksichtigt

Von Karin Radermacher MdL

Eine skandalöse Diskriminierung stellen die Machenschaften von CSU und bayerischer Staatsregierung gegenüber den Heilpädagogen im bayerischen Sonderschuldienst dar. Während für alle übrigen Lehrer in Bayern die Arbeitszeitverkürzung berücksichtigt wird, manipuliert und laboriert die CSU bei den rund 1.500 Heilpädagogen in einer Weise, die bedrückend und peinlich zugleich ist.

Die Heilpädagogen unterrichten und erziehen behinderte Kinder und Jugendliche. Sie sind den Sonderschullehrern nicht gleichgestellt, obwohl sie nachgewiesenermaßen nicht nur einen Großteil des Unterrichts übernehmen, sondern auch Lehr- und Förderpläne ausarbeiten, wenn nötig, Fachunterricht übernehmen und als die wichtigsten Bezugspersonen der Schüler gelten. Während die Sonderschullehrer 24 Wochenstunden zu absolvieren haben und die Fachlehrer 26 Stunden abhalten müssen, fallen auf die Heilpädagogen 29 Wochenstunden. Ihre Bezahlung ist um vieles schlechter als die ihrer KollegInnen an den bayerischen Sonderschulen.

Die bayerische SPD-Fraktion hatte versucht, im Landtag einen Antrag durchzubringen, der eine Herabsetzung der Wochenarbeitszeit aufgrund der tariflichen Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde auf 28 Stunden verlangte. Die CSU-Mehrheit lehnte diese Initiative ab. Sie verlangte statt dessen, daß eine der 29 Stunden als sogenannte „Kooperationsstunde“ (gemeinsame Planungen mit Eltern und Lehrern) umgewidmet wird. Das ist Augenwischerei, weil diese Stunde in der Praxis ohnehin in der Unterrichtsverpflichtung mit eingeschlossen ist. Ich stütze mich dabei auf die Argumentation - im übrigen auch der CSU und Staatsregierung - vom vergangenen Jahr, als nach langem Hin und Her die damals geltende Stundenzahl von 31 auf 29 herabgesetzt wurde.

(-/26.7.1989/vo-he/rs)

* * *